



Ausgabe 41

11. Februar 2014



© EU 2014 - European Parliament

Ukraine: Recht auf Selbstbestimmung

von Wolfgang Kreissl-Dörfler

Das Parlament verlangt, dass die EU und ihre Mitglieder gezielte Sanktionen, wie Einreiseverbote in die EU oder das Einfrieren der Vermögenswerte derjenigen, die für die Übergriffe auf und den Tod von Demonstranten verantwortlich sind, vorbereiten sollte. mehr

Parlament setzt sich für Passagierrechte ein!

von Ismail Ertug

Das Parlament spricht sich für die Stärkung der Passagierrechte aus. Fluggäste sollen bei Ausfällen und Verspätungen gerechter entschädigt werden. Ziel der neuen Verordnung ist es, die zahlreichen bestehenden Schlupflöcher für die Fluggesellschaften zu stopfen. mehr

Zur Info

Stell Dir vor, es ist Europawahl, und alle gehen hin...

Am **25. Mai ist Europawahl**. Endlich ist es soweit, würde man fast sagen wollen, wenn man sich vergegenwärtigt, wo wir ohne die konservativ-liberale Mehrheit im Europäischen Parlament stünden: mehr



© EU 2014 - European Parliament

Klimaschutz: Mehrheit für drei verbindliche Ziele

von Kerstin Westphal

Die Frage, wie der Klimaschutz nach 2020 weitergehen soll, beschäftigt die Politik bereits jetzt. Das EU-Parlament hat dazu seine Vorstellungen konkretisiert. Dabei konnte sich unsere sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Kernforderung durchsetzen. mehr

Gemeinsame Standards für den Waffenhandel

von Wolfgang Kreissl-Dörfler

Täglich werden acht Millionen Waffen produziert, von denen jede achte in der Regel verloren oder gestohlen wird und somit in falsche Hände gelangt. Das Europäische Parlament fordert, den internationalen Waffenhandel endlich stärker zu reglementieren. mehr

Tipp



Faire Bedingungen für SaisonarbeiterInnen

von Ismail Ertug

Vergangen Mittwoch stimmte das Europäische Parlament in Straßburg die neue Richtlinie zu Regelungen der Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Ausübung einer saisonalen Beschäftigung in der Europäischen Union ab. mehr

Globale Finanzkriminalität wird zuhause bestraft

von Kerstin Westphal

Einen Schaden von € 12,5 Milliarden weltweit verursachte der Libor-Skandal und offenbarte damit einen gravierenden Marktmissbrauch. Er zeigte auch, dass marktmissbräuchliches Verhalten nicht entsprechend des Schadensumfangs und ungleich geahndet wird. mehr

O-Ton



Twittermeldung vom Team der US-amerikanischen Diplomatin Victoria Nuland als Reaktion auf ein abgehörtes Gespräch von Frau Nuland mit dem amerikanischen Botschafter in der Ukraine.